

Zur Arbeit der Parteiorganisationen an den Kreispartei-schulen

Die Arbeit der Parteiorganisationen an den Kreispartei-schulen ist, von einigen Ausnahmen abgesehen, noch ungenügend. Eine Überprüfung der Kreispartei-schule in Limbach, Sachsen hat ergeben, daß dort der Beschluß des Sekretariats des Zentralkomitees vom 2. April 1951 über „Die Parteiorganisation an den Kreispartei-schulen“ nicht bekannt ist und daher auch nicht durchgeführt wird. Ähnlich sieht es auf der Kreispartei-schule in Hohenwulsdie, Sachsen-Anhalt aus.

Der Beschluß des Sekretariats des Zentralkomitees besagt:

„Die Grundorganisation untersteht politisch und organisatorisch der zuständigen Kreisleitung, wird durch dieselbe angeleitet und kontrolliert.“

Es geht also nicht an, daß die Anleitung der Parteiorganisation der Kreispartei-schule der Stadtteileitung übertragen

wird, wie es in Cottbus der Fall war. Diese Aufgabe kann nur die Kreisleitung erfüllen, weil auf der Kreispartei-schule Probleme behandelt werden, die den ganzen Kreis betreffen.

Die Parteiorganisation der Kreispartei-schule soll der Schulleitung helfen, ihre Aufgaben zu erfüllen. Sie muß der Motor für die Entfaltung der Kritik und Selbstkritik sein, muß parteierzieherisch wirken und die Wachsamkeit der Genossen entwickeln.

Als eine der wichtigsten Aufgaben der Parteileitung an den Partei- und anderen Schulen bezeichnet die Entscheidung der 7. Tagung des Zentralkomitees die ständige Kontrolle über das Selbststudium der Lehrer. Dieser Aufgabe muß die Kreisleitung, die die Arbeit der Parteiorganisation der Kreispartei-schule als einer ihrer wichtigsten Grundorganisationen anleiten und kontrollieren soll, eine besondere Aufmerksamkeit widmen, denn die Qualifizierung und Entwicklung der Kreispartei-schullehrer hat eine große Bedeutung für den ganzen Kreis.

Zum Studium der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

RICHARD HERBER

Oie dloUe dev revolutionären (revolutionären) opposition

Bei der Behandlung der Themen über die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik ergaben sich an unseren Partei- und Gewerkschaftsschulen und in den Zirkeln des Parteilehrjahrs Schwierigkeiten bei der Darstellung der Rolle der revolutionären Gewerkschaftsbewegung. Eine Anzahl Anfragen, die bei der Abteilung Propaganda des Zentralkomitees eingingen, beweisen, daß die Rolle der RGO keineswegs immer richtig eingeschätzt wird.

Wenn man die Gewerkschaftspolitik in der Zeit der Weimarer Republik betrachtet und zu einer richtigen Beurteilung der Rolle der RGO gelangen will, ist vor allem eine richtige Einschätzung der reformistischen Gewerkschaftspolitik erforderlich. Nur dann wird man verstehen, warum die RGO notwendig war, und daß sie — trotz vieler Schwächen und Mängel — im Kampf der deutschen Arbeiterklasse eine große Rolle spielte.

Die reformistische Gewerkschaftsführung paktierte mit dem Monopolkapital

Als der Kapitalismus nach der revolutionären Nachkriegskrise in die Periode der relativen Stabilisierung eintrat, prophezeiten die SPD- und Gewerkschaftsführer eine neue „Blüte“ des Kapitalismus und erklärten, die Zeit des „organisierten Kapitalismus“, die Zeit der „Wirtschaftsdemokratie“ sei angebrochen.

Daraus ergab sich für sie zwangsläufig, daß Streiks der Arbeiter für ihre berechtigten Forderungen den „Wirtschaftsfrieden“ stören, daß dies schädlich sei und deshalb verhindert werden müsse. Damit wurden die reformistischen Gewerkschaftsführer zu den eifrigsten Befürwortern des Systems der Zwangsschiedssprüche und all der anderen Maßnahmen, die faktisch das Streikrecht der Arbeiter beseitigten. Jeden Streik, den die Arbeiter gegen die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen führten, erklärten sie für „ungesetzlich“, stempelten ihn als einen „wilden Streik“. Die reformistische Gewerkschaftsführung wurde zu den eifrigsten Verteidigern des kapitalistischen Systems. Genosse Walter Ulbricht charakterisierte diese Politik wie folgt:

„Während noch bis 1923 der untere Gewerkschaftsapparat dem Druck der Arbeiter nachgab, war inzwischen in weitgehendem Maße das Verwachsen des Gewerkschaftsapparates mit dem kapitalistischen Wirtschafts- und Staatsapparat verwirklicht worden. Die Gewerkschaften hatten sich mehr und mehr zu einem Bestandteil des kapitalistischen Wirtschafts- und Staatsapparates ent-

wickelt, was »theoretisch* in der ‚Theorie‘ von der Wirtschaftsdemokratie und in den Beschlüssen des Kieler Parteitages der Sozialdemokratie seinen Ausdruck fand.“

(„Die Kommunistische Internationale“, Heft 16/1929, S. 977)

Der Kampf der Gewerkschaftsbürokratie gegen die revolutionären Gewerkschafter

In den Gewerkschaften wuchs die Opposition gegen die verräterische Politik der Gewerkschaftsführung immer mehr, was den Gewerkschaftsführern sehr unangenehm war. Die Gewerkschaftsführung ergriff alle nur erdenklichen Mittel im Kampf gegen die Gewerkschafter, die nicht gewillt waren, den Weg des Verrats mitzugehen. Die revolutionären Gewerkschafter wurden aus den Verbänden ausgeschlossen, ja, es wurden sogar ganze Orts Verwaltungen aus den verschiedensten Verbänden ausgeschlossen, nur, weil die Führung in den Händen revolutionärer Gewerkschafter lag, die in den Gewerkschaften ein Instrument des Klassenkampfes zur Verteidigung der Arbeiterinteressen sahen.

Besonders in den Jahren 1928/29 wuchs durch die Massenaußschlüsse die Spaltungsfahr in den Gewerkschaften. Es war die Zeit, wo die revolutionäre Gewerkschaftsopposition eine immer stärkere Resonanz bei den Arbeitern fand und gewaltig angewachsen war.

Um jede Opposition in den Gewerkschaften zu ersticken, um die Spaltung der Gewerkschaften durchzuführen, ging die Gewerkschaftsbürokratie 1928/29 dazu über, die demokratische Aufstellung von freigewerkschaftlichen Vorschlagslisten zu den Betriebsratswahlen zu verhindern. Es wurden nur noch solche Kandidaten aufgestellt, die den reformistischen Kurs in den Gewerkschaften mitmachten. Anhänger der Opposition, obwohl sie Gewerkschaftsmitglieder waren, wurden auf den freigewerkschaftlichen Listen nicht mehr zugelassen. Dadurch wurde die Opposition gezwungen, eigene Vorschlagslisten zu den Betriebsratwahlen aufzustellen. Das wiederum benutzten die Gewerkschaftsvorstände als Vorwand, um die oppositionellen Gewerkschafter aus den Verbänden auszuschließen.

Die revolutionären Gewerkschafter schließen sich fester zusammen

Um die von den Gewerkschaftsvorständen heraufbeschworene Gefahr der Spaltung zu verhindern, berief die revolutionäre Gewerkschaftsopposition 1929 einen Kongreß ihrer Anhänger nach Berlin ein. Der Kongreß betonte die Notwendigkeit des entschiedenen Abwehrkampfes gegen die Offensive des Kapitals und der verstärkten Arbeit unter